

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten
teil im Haus monatlich 2.00 Mark.
Abstellungen nehmen die Ausleger
und für Zusendungen die Postämter
entgegen. — Erscheint wochentags,
Fernsprech-Anschluss Nr. 33.
Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Regelungspreis: Die Nebengebühren
bestehen für Anzeigen aus Aus- und
Anzeigen 2.00 Mark, Restanten
2.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 72

Sonnabend, den 25. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die deutsche Delegation für die Genueser Konferenz wird am 8. April nach Genua abfahren.

Die österreichische Regierung wird bei der Eröffnung der Genueser Konferenz durch den Bundeskanzler und einem Bundesminister vertreten sein.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschätzte sich in seiner Sitzung vom 24. März mit der Donauakte. Die Verhandlungen waren wie immer vertraulich.

Der amerikanische Senat hat den Biermächtevertrag über den Stillen Ozean mit 67 gegen 7 Stimmen ratifiziert.

Das englische Unterhaus hat das Marinebudget angenommen.

Die Arbeitgeber in der englischen Baumwollindustrie haben beschlossen, ihren 350 000 Arbeitern mitzuteilen, daß Ende April eine Lohnherabsetzung vorgenommen werden wird.

Polnische Unerfälllichkeit.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die großen Ereignisse der Weltpolitik haben die Aufmerksamkeit von der Teilfrage der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien in West-europa abgelenkt. Und dennoch ist es notwendig, daß wir keinen Tag vergessen, was in Genf gerundet wird. Die entscheidende Entscheidung des Völkerbundes über einen ganzen Komplex von Fragen der Änderung durch direkte Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland überlassen. Am 20. Oktober 1921 fiel jener ungeliebte Schiedsspruch, der Oberschlesien zerriß und dann doch den Beteiligten den Versuch anheim gab, noch der politischen Teilung und der Erziehung einer lebensfähigen Grenze ein wirtschaftliches Kondominium anzuführen, um für das gequälte Land die unmittelbaren Folgen der Zerschneidung vor allem wirtschaftlich zu mildern. Monatslang hat die deutsche Delegation unter der Führung des früheren Reichsministers Schiffer sich in zähem Kampfe bemüht, die Schäden für Deutschland nach Kräften zu mildern. Seit wird vielleicht die außerordentlichen Verdienste Schiffers um die deutsche Sache richtig zu werten und zu würdigen wissen. Immerhin erhält man von seiner hingebenden Arbeit wieder einmal ein hervorragendes Bild, wenn man seine Rede liest, die er in einer öffentlichen Sitzung der Konferenz, die unter Vorsitz des Präsidenten Calonder über die Frage der Liquidation deutschen Eigentums in Oberschlesien durch Polen gehalten hat.

Ein großer Teil der kritischen Punkte war schon in den Einzelheiten durch die Arbeit der Kommissionen geklärt. In anderen Fragen wurde schriftlich verhandelt, indem beide Teile Denkschriften einreichten, und der neutrale Vorsitzende versuchte, die beiderseitigen Standpunkte dann auf dem Wege einer öffentlichen Vermittlung anzunähern. In manchen Fällen ist auch das gelungen. Noch ehe aber eine Einigung restlos durchgeführt war, versuchte die polnische Delegation durch ein unzulässig taktloses Manöver, die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums aus den Verhandlungen auszuschleusen und die ganze Frage als durch den Friedensvertrag geregelt hinzustellen. In den abgetretenen Gebieten ist allerdings den neuen Besitzern das Recht zugesprochen worden, deutsches Eigentum liquidieren zu können. Aber Oberschlesien stellt eine besondere Rolle, und es ist gar kein Zweifel darüber, möglich, daß das polnische Recht auf Liquidation mindestens während der 15 Jahre des wirtschaftlichen Kondominiums ruhen muß. Die Polen haben sich schließlich zur Diskussion über diese Frage bereit finden lassen müssen. Am 23. März wurde die Frage in einer öffentlichen Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz verhandelt. Reichsminister Schiffer hat in dieser Sitzung für das deutsche Recht und gegen den polnischen Anspruch auf ein Liquidationsrecht alle Gründe juristisch und im formalen Recht des Vertrages, der ausdrücklich Oberschlesien gegenüber allen anderen abgetretenen Gebieten eine Sonderstellung zuweist, sondern in eindrucksvoller Weise und retorsiv wirksamster Form stützte sich Schiffer auch auf die Menschenrechte und das Naturrecht. Die Vorkonferenz spricht ausdrücklich von der Achtung vor den wohlverordneten Rechten der Bevölkerung. Schiffer hat in Genf dargelegt, daß die Li-

quidation des deutschen Besitzes dem Sinn und Zweck der ganzen Verhandlungen widersprechen würde. Dieser sei die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien, aber gerade das Wirtschaftsleben würde darunter leiden, wenn man seine Träger, die unbeschränkt zum großen Teile Deutsche sind, enteignen und nach Belieben vertreiben kann. Der Zweck der Entscheidung der Vorkonferenz sei, dem Lande den Frieden zu geben und ihm seinen Wohlstand zu erhalten. Das sei ein Ding der Unmöglichkeit, wenn jeder Bauer und jeder Unternehmer befürchten müsse, morgen sein erarbeitetes Eigentum zu verlieren.

Der polnische Vertreter Dłuski, der sich jetzt noch die Zuständigkeit des Präsidenten Calonder in dieser Frage bezweifelte, ließ deutlich erkennen, worauf es den Polen ankommt. Er schloß mit dem Satz: In dem Tage, wo der polnische Teil von Oberschlesien in den Besitz Polens übergeht, wünschen wir keine Einmischung mehr von irgendeiner Seite in unsere Souveränität außerhalb der Einschränkungen, die uns durch die Entscheidung der Vorkonferenz vorgeschrieben sind. — Nichter konnte die polnische Unerfälllichkeit nicht offenbar werden, als in diesem Satz. Schiffer hat in einer Erwiderung die Verletzung der Zuständigkeit des Präsidenten eindrucksvoll widerlegt und nochmals meisterhaft nachgewiesen, wie das Ziel der Entscheidung der Vorkonferenz durch ein polnisches Liquidationsrecht in sein Gegenteil verkehrt würde. Der Präsident Calonder ist ein Mann, der überaus vorsichtig vorgeht. Er will keine Zuständigkeit in der Frage des Liquidationsrechtes erst noch durch juristische Autoritäten prüfen lassen. Es ist wohl auch anzunehmen, daß er alles aufbietet wird, um schließlich doch noch eine Entscheidung herauszukommen. Aber bei der polnischen Unerfälllichkeit dürfte diese Hoffnung vergebens sein. Er wird um einen Schiedsspruch nicht herumkommen, und Deutschland darf annehmen, daß in einer Frage, die so sonnenklar liegt, und die mit so überzeugenden Gründen des Rechts und der Menschlichkeit von dem deutschen Vorkonferenzleiter vorgetragen worden ist, nicht eine Rechtsbeugung erfolgt, die eine Quelle unberechenbarer Konflikte werden müßte.

Die Regierung vor schweren Entschlüssen.

Zusammenkunft der Ministerpräsidenten.

Die politische Krise, die durch die neue Reparationsnote wieder veranlaßt ist, wird in Regierungskreisen und im Reichstag zwar in ihrer ganzen Schwere und Tragweite empfunden, aber mit bemerkenswerter Ruhe und Sachlichkeit beurteilt. Das Reichskabinett hat erst gestern die Entenschiedsstände auf Grund des französischen Textes geprüft und in allen Einzelheiten durchgesprochen können. Daß sich dabei verschiedene Unklarheiten ergeben haben und außerdem schwerwiegende rechtliche und finanzielle Probleme zu lösen sind, wird die Beratung innerhalb der Reichsregierung auch nach den ganzen Sonnabend und Sonntag in Anspruch nehmen, zumal mancherlei Rücksprachen mit Sachverständigen erforderlich sein dürften. Am Montag soll gemeinschaftlich mit dem Ministerpräsidenten der Länder die Regierungserklärung in ihren Umrissen festgesetzt werden, die der Reichskanzler am Dienstag von der Reichstagstribüne herab abzugeben gedenkt. Montagabend wird diese Regierungserklärung auch mit den Führern sämtlicher Parteien, nicht nur der Regierungsparteien, besprochen werden, die dann ihrerseits den Fraktionen am Dienstag vormittag berichten sollen. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß die Antwort des Reichskanzlers auf die letzte Reparationsnote ganz klar und eindeutig ausfallen wird, und daß sich, wenn nicht sämtliche Parteien, so doch eine außergewöhnlich große Mehrheit derselben hinter die Regierung stellen wird. Neben den Inhalt der Regierungserklärung sind bei dieser Lage der Dinge nur Vermutungen möglich. Allgemein wird aber erwartet, daß sie eine Willensfindung darstellen wird, die den Weg zu Verhandlungen mit der Entente über die neuesten Reparationsforderungen offen läßt.

Bayrische Sensationsmeldungen.

Phantasien über eine Umstellung Deutschlands.

Der Bayerische Kurier und die Münchener Neueste Nachrichten bringen eine Aufsehenerregende Meldung aus Frankfurt am Main über eine drohende Verschlingung des Deutschen Reiches. Danach soll ein angesehenes Mitglied der Reparationskommission erklärt haben, daß der Einmarsch der Franzosen in Deutschland unabwendbar sei und daß Poincaré entschlossen sei, so bald als irgend möglich ein kurz-

fristiges Ultimatum mit unerfüllbaren Bedingungen zu stellen, um dann sofort das Ruhrgebiet, Frankfurt a. M. und die sogenannte Ratinlinie zu besetzen, den Norden vom Süden abzutrennen und das Reich in seiner jetzigen Form zu zerschlagen. England und Italien werden ebenfalls marschieren, aber nicht gegen, sondern für Deutschland, um zu verhindern, daß Frankreich völlig frei in Deutschland schalten und walten kann. Italien werde wohl bis auf sein gehen, während England wohl in Norddeutschland sein Interessengebiet sichern will, da es zwecklos sei, Poincaré in der Verfolgung seines Zieles entgegenzutreten.

Die Teilnahme Englands und Italiens, die hier als Abwehr gegen Frankreichs Übermachtstellung gedeutet wird, käme natürlich auf eine Beteiligung an der Aufteilung des Reiches hinaus. Bevor aber nicht feststeht, ob die bayerischen Meldungen sich auf tatsächliche Unterlagen stützen, wäre es trotz ihres ernstlichen Inhalts verfrüht, sich näher mit ihnen zu befassen. Denn alszu leicht könnten sie auch nur in die Welt gesetzt worden sein als Agitationsmittel gegen den Reichskanzler und die Erfüllungspolitik des Kabinetts, wie überhaupt gegen unsere republikanische Staatsform.

Wiedervereinigung feindlicher Brüder.

Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft Devis, die sich nach dem März-Rutsch von der kommunistischen Partei getrennt hatte, will nunmehr wieder in der Unabhängigen Sozialdemokratie aufgehen. Die Däumig, Geher, Adolph Hoffmann Begründeten ihren Entschluß mit der Notwendigkeit der Bildung einer proletarischen Einheitsfront, nachdem die kommunistische Partei Deutschlands seit einem Jahre ihre Unfähigkeit zur Einigung der Proletarier erwiesen habe. Auf baldige Durchführung des Kommunismus sei in Deutschland nicht zu rechnen, denn der Arbeiter könne sich nicht um Räterepublik und Kommunismus, sondern um das Brot, das er essen, den Rod, mit dem er sich kleiden soll. Gleichzeitig mit dieser Erklärung veröffentlicht die Unabhängige Sozialdemokratie einen Aufruf zum proletarischen Zusammenhalt. Sie erhält durch die Wiedervereinigung eine Verstärkung im Reichstag von etwa 15 Mitgliedern und damit eine Fraktion von etwa 80 Abgeordneten. Die kommunistische Partei wird im Reichstag trotz ihrer großen Bekanntheit dann noch bedeutungslos als bisher sein. Die Mehrheitssozialdemokratie glaubt nach dem Vorwärts nicht, daß der Prozeß der Selbstbefinnung und des Schwiegersindens mit dem Anschlag einer Berliner Gruppe an eine niedergehende Partei seinen Abschluß gefunden hat. Sie hofft natürlich, daß in absehbarer Zeit die verstärkte unabhängige Sozialdemokratie sich zu ihr zurückfinden werde. Einstweilen bleibt das aber naturgemäß eine schöne Hoffnung, denn der Zugang der Devisten wird die unabhängige Sozialdemokratie zunächst nur weiter von den Mehrheitssozialisten entfernen.

Die Getreide- und Kartoffelversorgung.

Getreidezwangswirtschaft bleibt.

Die im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zusammengereinten Vertreter der Länder, darunter eine größere Zahl von Ernährung- und Landwirtschaftsministern, berieten über die Getreide- und Kartoffelversorgung im nächsten Wirtschaftsjahr. Bei der Getreidebewirtschaftung war die Versammlung mit Ausnahme des Vertreters eines Landes, das sich keine Stellungnahme noch vorbehielt, der Auffassung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Endziel der freien Wirtschaft noch nicht zugesteuert werden könnte. Die Versammlung sprach sich für die Umlage auch im nächsten Wirtschaftsjahr aus. In einer binnen kurzen einzuberufenden Besprechung von Referenten soll mit den Ländern eine Erörterung über die Grundzüge einer entsprechenden Gesetzesvorlage stattfinden. Bei der Besprechung der Kartoffelversorgung wurden die Mängel der bisherigen Versorgung auf allen Seiten anerkannt, jedoch wurde auch auf die Schwierigkeiten einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft und auch der Einführung einer Kartoffelumlage nachdrücklich hingewiesen. Die Konferenz hat darüber noch keine bestimmten Beschlüsse gemacht; ihre Stellungnahme kommt zum Ausdruck in einer Resolution, auf die sich alle Vertreter einigten, und die besagt, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft einen Weg suchen und Vorschläge machen möge für eine bessere Versorgung. Das Material für solche Vorschläge soll den Ländern baldigst zugeleitet werden.

Erzg.
3 1/2
St. 2
S. 1
erlin
ne
auf.
ig
W. 1
auf.
ig